



INTER ACTION COUNCIL

Gegründet 1983

InterAction Council
25. Jahresvollversammlung

Schlusskommuniqué

21. – 23. Mai 2007
Wien, Österreich

Im ersten Kommuniqué des InterAction Council aus dem Jahre 1983 erklärten wir: „Die Welt wird jetzt durch die gefährlichste Situation, der sie sich seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges gegenüber sieht, bedroht“. Diese Feststellung wäre heute ungerechtfertigt. Die Welt befindet sich jetzt in einer besseren Situation als vor 25 Jahren, als sie infolge des Kalten Krieges unmittelbar von der Zerstörung bedroht war. Wir sind jedoch immer noch von unzähligen Herausforderungen betroffen. Vom 21. - 23. Mai 2007 kehrte der InterAction Council an seinen Geburtsort Wien in Österreich zurück, um den Zustand der Welt zu besprechen, in einen Dialog mit religiösen Führern einzutreten und die Rolle der Vereinigten Staaten als Weltführer zu diskutieren.

Der gegenwärtige Zustand der Welt und die Rolle der Vereinigten Staaten als Weltführer

In dem Jahrzehnt nach dem Ende des Kalten Krieges haben wichtige Entwicklungen stattgefunden, einschließlich stärkerer politischer Kooperation, sowohl auf globaler als auch regionaler Ebene. Durch freiwillige Mitgliedschaft in der Europäischen Union hat Europa heute einen noch nie da gewesenen Frieden erreicht. Die Afrikanische Union hat die Führungsrolle auf dem Kontinent übernommen und hat die Rahmenbedingungen für die Erhaltung des regionalen Friedens und die wirtschaftliche Entwicklung geschaffen. In den lateinamerikanischen Ländern ist die Demokratie stark: Militärregime sind verschwunden, Durchschnittswachstum ist gestiegen und die Inflation ist niedrig. Ebenso haben die asiatischen Länder im letzten Jahrzehnt bemerkenswerte, und größtenteils friedliche, Wirtschaftsentwicklungen erreicht. Die Globalisierung bietet sowohl Möglichkeiten als auch Herausforderungen. Ein spezielles Problem, das erst gelöst werden muss, ist die enorm unausgeglichene Handelsbilanz zwischen den USA und dem Rest der Welt.

Einige der Probleme, die der Rat 1983 angesprochen hat, bestehen weiterhin. Der palästinensisch-israelische Konflikt im Besonderen bedroht noch immer Frieden und Sicherheit in der Region. Und neue Probleme haben sich entwickelt. Der Irak geht in Richtung eines Bürgerkrieges mit drei Gruppierungen; Klimawandel stellt eine globale Bedrohung der Menschheit dar; und die Gefahr von Pandemien hat sich verstärkt. Um nachhaltige Lösungen dieser Probleme zu finden ist eine erhöhte Aufteilung der Belastungen und Bürden auf alle Länder wichtig.

Die Achtung des Völkerrechts und das Vertrauen in multilaterale Einrichtungen müssen wieder hergestellt werden. Unilaterale Aktionen haben den Status des Völkerrechts geschwächt. Manche Staaten bauen als Abwehrmaßnahme militärische Arsenale statt auf den Mechanismus des Völkerrechtes zu vertrauen; andere modernisieren ihre bestehenden nuklearen Arsenale und bauen antiballistische Raketensysteme. Erstaunlicherweise hat in dieser Ära nach dem Kalten Krieg ein neuer Rüstungswettlauf begonnen. Gegenwärtig haben die vereinten Nuklear- und Militärarsenale eine Zerstörungskraft, die während des Zweiten Weltkrieges unvorstellbar gewesen wäre.

Die Rolle der Vereinigten Staaten als starke politische, wirtschaftliche und militärische Macht ist für die globale Gemeinschaft zweifellos unbedingt erforderlich. Das wird sogar noch deutlicher durch die vielfältigen Herausforderungen, denen sich die Welt heute gegenüber sieht. Die Beteiligung der Vereinigten Staaten als Mitglied der internationalen Gemeinschaft ist bei der Lösung dieser Herausforderungen unentbehrlich.

Die aktive Teilnahme der Vereinigten Staaten trug zur Schaffung der multilateralen Weltordnung bei, wovon sowohl größere als auch kleinere Nationen profitiert haben. Sie waren der Initiator einer multilateralen Gemeinschaft und aktive Teilnehmer bei der Errichtung der Institutionen und Mechanismen für eine globale Politik.

Zu Beginn dieses Jahrhunderts erlebten wir eine Abkehr von den Werten, für die die Vereinigten Staaten traditionellerweise eingetreten waren. Die Kombination des Auftretens der Vereinigten Staaten in der Rolle als einzige Supermacht der Welt und die tiefe Beunruhigung, die in den USA durch die Angriffe des 11. September hervorgerufen wurde, waren der Katalysator für eine neue amerikanische Politik des Unilateralismus. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt besteht die Hoffnung, dass die seit langer Zeit bestehende Tradition des Multilateralismus als treibende Kraft hinter der US Politik wieder die Oberhand gewinnt.

Heutzutage ist die grundlegende Frage der Bildung absolut entscheidend. Ein Dialog innerhalb der jeweiligen Gesellschaft – geführt von Politikern, Lehrern, den Medien und allen gesellschaftlichen Bewegungen – ist entscheidend für positive Umgestaltungen und Veränderungen.

Daher empfiehlt der InterAction Council:

- Die Atommächte aufzufordern ihre Verpflichtungen unter dem Atomwaffensperrvertrag einzuhalten, um nukleare Arsenale abzubauen und die Entwicklung neuer Systeme, die einen erneuten Rüstungswettlauf verursachen würden, zu vermeiden;
- Die Sechs-Parteiengespräche bezüglich Nordkorea zu unterstützen, um eine atomwaffenfreie koreanische Halbinsel zu erreichen und weitere Verbreitung von Nuklearwaffen in der Region zu verhindern;
- Die internationale Produktion und den Handel mit leichten Waffen (Small Arms) zu begrenzen und zu kontrollieren, indem die Verhandlungen für die Errichtung eines internationalen Waffenhandelsvertrages bei den Vereinten Nationen unterstützt werden;
- Auf das Verbot unmenschlicher Waffen, besonders die Verwendung von anti-Personen Landminen und Blockbomben (Cluster Bombs), zu drängen;

- Das Prinzip nationaler Souveränität zu verstärken, indem die Notwendigkeit der Zustimmung des Sicherheitsrates bei jeder Intervention gegen einen souveränen Staat hervorgehoben wird und, wenn kein Mandat des Sicherheitsrates vorliegt, durch das Erstellen klarer Richtlinien in Fällen grober Menschenrechtsverletzungen;
- Auf der Rückkehr zu einer echten multilateralen Welt zu beharren, um den gemeinsamen Herausforderungen wirkungsvoll begegnen zu können;
- Zu betonen, dass der palästinensisch – israelische Konflikt ein Kernproblem im Nahen Osten ist und dass nur eine durch Verhandlungen zustande gekommene politische Lösung, die auf der Resolution 242 des UN Sicherheitsrates und dem Konzept zweier Seite an Seite bestehender Staaten basiert, einen dauerhaften Frieden bringen kann.
- Die einzigartige Möglichkeit anzuerkennen, die sich durch die jüngste saudi-arabische Initiative beim Gipfel der Arabischen Liga in Riad ergeben hat und die Bedeutung einer aktiven US-Führung zur Erreichung einer Verhandlungslösung zu unterstreichen;
- Israel und seine Nachbarn aufzufordern an kooperativen Projekten teilzunehmen, wie z. B.: gemeinsame Nutzung der Wasserressourcen, die Entwicklung von Handelsinitiativen und gemeinsames Engagement im Tourismus;
- Umfassende diplomatische Anstrengungen für den Irak zu unternehmen und eine Konferenz aller Staaten in der Region zu organisieren in Anerkennung der Tatsache, dass eine dauerhafte Lösung von der Zustimmung aller betroffenen Beteiligten abhängt;
- Alle Länder, besonders die Vereinigten Staaten, zu ermutigen, die humanitäre Bürde der andauernden Unruhen im Irak mitzutragen – besonders das wachsende Flüchtlingsproblem – um den Druck auf die Nachbarländer zu vermindern;
- Ständig zu wiederholen, dass eine „militärische Lösung“ bezüglich des Iran enorme Risiken für die Region und die Welt darstellen würde;
- Eine Erhöhung der Mitgliederzahl der G-8 auf 15 Mitglieder zu unterstützen, indem neue aufstrebende Wirtschaftsmächte in Asien, Afrika und Lateinamerika aufgenommen werden, um die gegenwärtige Wirtschaftsrealität besser zu berücksichtigen;
- Die Welt aufmerksam zu machen auf die Risiken der enormen Unausgewogenheit des Handels zwischen den Vereinigten Staaten und dem

Rest der Welt, was große finanzielle Instabilität hervorrufen könnte und zu ernster Rezession oder sogar Depression führen könnte;

- Die Entwicklungsländer zu stärken, indem alle Teilnehmer aufgefordert werden die Verhandlungen im Rahmen der Doha-Runde für Handelsliberalisierung, besonders für landwirtschaftliche Produkte, abzuschließen; und
- die Führer dieser Welt aufzufordern ein neues Kyoto Protokoll zu verhandeln, das von den führenden Mächten der Welt ebenso wie von den neu aufsteigenden Wirtschaftsmächten ratifiziert wird.

Dialog mit den religiösen Führern

In der Diskussion über die Rolle der Religion in der Politik gibt es verschiedene Punkte, in denen wir übereinstimmen: dass wir den Dialog unter den Religionen fördern müssen; dass wir den Dialog innerhalb der Religionen pflegen müssen; und dass intensivere religiöse Ausbildung gegenseitigen Respekt fördert. Wir bestätigen nochmals die Gemeinsamkeiten unter den Religionen. Diese Gemeinsamkeiten stellen die Basis dar, von der aus die Weltbürger eine zivile Gesellschaft unter Achtung einer gemeinsamen globalen Ethik bilden können.

Die Religion spielt eine einzigartige Rolle in der Identität des ganzen Menschen. Während politische Entscheidungen vorschreiben können, was ein Individuum tun oder nicht tun darf, betreffen religiöse Entscheidungen alle Dimensionen der menschlichen Erfahrungen: persönliche Ethik, Werte, Glaube und grundlegende Überzeugungen. Es ist daher ungeheuer wichtig, die Interaktion zwischen Politik und Religion achtsam zu überprüfen.

Um dem religiösen Extremismus und jenen Politikern, die ihn ermutigen, entgegen zu wirken sollte das Ziel sein, die religiösen Gemäßigten zu stärken und die Extremisten zu isolieren. Um diese Ziele zu erreichen, ist es wichtig drei bestimmte Punkte zu identifizieren: die Wurzeln, die Ursachen und die Politisierung des religiösen Extremismus. Die Angst vor Modernisierungen, die Geisel der Armut, Nichtbeachtung der religiösen Differenzen und Unzufriedenheit mit den Auswirkungen der Globalisierung sind alles Wurzeln des religiösen Extremismus. Der religiöse Fundamentalismus bietet dann eine verlockende Lösung aufgrund seiner Fähigkeit klare, einfache Antworten bereitzustellen, die die geheimsten Ängste der Menschen ansprechen.

Um Fortschritte zu erzielen, müssen wir die Wurzeln, die Ursachen und die Politisierung des religiösen Extremismus identifizieren und in Angriff nehmen, um die Fähigkeit der Extremisten und opportunistischen Führer, die religiösen Doktrinen auszunutzen, einzuschränken. Politische Führer dürfen die Religion niemals für politische Zwecke missbrauchen und religiöse Führer ihrerseits dürfen es nie zulassen, dass Religion für politische Zwecke missbraucht wird.

Religiöse Führer müssen die Rolle „öffentlicher Intellektueller“ annehmen und die Integrität der zentralen Werte ihrer Religion schützen und verteidigen. Religiöse Führer haben eine bedeutende Rolle zu spielen, indem sie die Macht der Gläubigen, sich den globalen Herausforderungen zu stellen, lenken und indem sie ihre moralische Autorität einsetzen, um ökologisches Bewusstsein bezüglich der Anstrengungen zur Erhaltung unseres Planeten zu fördern. Eines der größten Hindernisse auf dem Weg zum Frieden ist Hass; es kann kein Friede herrschen, wenn wir auf Hass mit Hass antworten.

Wir müssen Möglichkeiten festlegen, um Friede und Solidarität zu fördern und gleichzeitig die kulturelle Vielfalt und Pluralität der Glaubensgemeinschaften zu bewahren.

Daher empfiehlt der InterAction Council:

- Das Verständnis zu fördern, dass alle Religionen einen gemeinsamen Kern ethischer Normen haben und zu erkennen, dass dieser Kern die Basis einer Weltbürgerschaft und einer gemeinsamen Menschlichkeit ist;
- Die Allgemeine Erklärung der Menschenpflichten nochmals zu bestätigen und hervorzuheben und zu betonen, dass die von allen Religionen akzeptierten Grundwerte – Gerechtigkeit, Mitgefühl, Anstand und Eintracht – die an vorderster Stelle in der Erklärung angeführt werden, heute sogar noch bedeutungsvoller sind;
- Den Missbrauch der Religion durch politische Führer zurückzuweisen und die religiösen Führer aufzurufen, ihren Glauben nicht für politische Zwecke missbrauchen zu lassen;
- Jeden Staat zu ermutigen, ein ständiges glaubensübergreifendes Institut zu errichten, dem sowohl Politiker als auch religiöse Führer angehören;
- Die Errichtung eines „Glaubensübergreifenden Rates“ bei den Vereinten Nationen zu unterstützen, um diese Themen auf einem globalen Niveau anzusprechen;
- Den Dialog unter und innerhalb der Religionen zu fördern und einen Aktionsplan für glaubensübergreifende Ausbildung zu entwickeln, um Toleranz und gegenseitigen Respekt zu erhöhen; und
- Die Macht religiöser Bewegungen zu bündeln, um den Herausforderungen der Umwelt bezüglich dem Respekt vor dem Leben und dem Schutz der Erde zum Wohle zukünftiger Generationen zu begegnen.

Liste der Teilnehmer

IAC Mitglieder

1. S. E. Altbundeskanzler Dr. Helmut Schmidt, Ehrenvorsitzender (Deutschland)
2. S. E. Ehemaliger Premierminister Malcolm Fraser, Ehrenvorsitzender (Australien)
3. S. E. Ehemaliger Premierminister Ingvar Carlsson, Ko-Vorsitzender (Schweden)
4. S. E. Altbundeskanzler Dr. Franz Vranitzky, Vorsitzender des Organisationskomitees (Österreich)
5. S. E. Ehemaliger Premierminister Valdis Birkavs (Lettland)
6. S. E. Ehemaliger Premierminister James Bolger (Neuseeland)
7. S. E. Ehemaliger Premierminister Jean Chrétien (Kanada)
8. S. E. Ehemaliger Premierminister Gyula Horn (Ungarn)
9. S. E. Ehemaliger Premierminister AbdelSalam Majali (Jordanien)
10. S. E. Ehemaliger Präsident Andrés Pastrana (Kolumbien)
11. S. E. Ehemaliger Premierminister Mr. Yevgeny M. Primakov (Russland)
12. S. E. Ehemaliger Präsident George Vassiliou (Zypern)
13. S. E. Ehemaliger Präsident Dr. Richard von Weizsäcker (Deutschland)
14. S. E. Präsident Olusegun Obasanjo (Nigeria)

Assoziierte Mitglieder

15. Prof. Thomas Axworthy, Professor am Centre for the Study of Democracy, Queen's University (Kanada)
16. S. E. Hr. Jean André François-Poncet, Präsident des Senatskomitees für Regionale Planung (Frankreich)
17. Prof. Hans Küng, Professor emer., Universität Tübingen (Schweiz)
18. S. E. Hr. Lee Seung-Yun, ehemaliger Vize-Premierminister (Korea)

Religiöse Führer

19. Dr. Jawad Ahmad Al Anani, ehemaliger Vize-Premierminister und Außenminister (Sunnit, Islam, Jordanien)
20. Dr. Ahangamage Tudor Ariyaratne, Präsident, Sarvodaya Shramadana Movement (Theravada Buddhismus, Sri Lanka)
21. Hw. Dr. Mettanando Bhikkhu, Sonderberater für Buddhistische Angelegenheiten für die World Conference of Religions for Peace (Theravada Buddhismus, Thailand)
22. Erzbischof Damianos von Sinai, St. Catherinen Kloster (Griechisch-Orthodox, Griechenland)
23. Oberrabbiner Paul Chaim Eisenberg (Judentum, Österreich)
24. Acharya Shrivatsa Goswami (Hinduismus, Indien)
25. S.E. Monshu Koshin Ohtani, ehemaliger Präsident der Japanisch Buddhistischen Föderation, Monshu of Jodo Shinshu Hongwanji-ha (Mahayana Buddhismus, Japan)
26. Dr. Abdolkarim Soroush (Shia, Islam, Iran)
27. S. E. Bischof Herwig Sturm, Vorsitzender des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich (Protestant, Österreich)

28. Dr. Tu Weiming, Harvard Universität (Konfuzianismus, China)
Spezielle Gäste
29. Sheikh Abdul-Aziz Al-Quraishi, Vorsitzender, Saudi-U.S. Businessmen's
Association (Saudi-Arabien)
30. Botschafter Li Dayou, ehemaliger Botschafter in den U.S.A und der UNO (China)
31. Prof. Richard Norton, Professor, Boston Universität (U.S.A.)
32. Hr. Qian Qichen, ehemaliger Vize-Premierminister, ehemaliger Außenminister
(China)
33. Hr. Masajuro Shiokawa, ehemaliger Finanzminister (Japan)
34. Hr. Seiken Sugiura, ehemaliger Justizminister (Japan)
35. Hr. Walter Mondale, ehemaliger Vize-Präsident (U.S.A.)

Sekretariat

Prof. Nagao Hyodo, Vize-Generalsekretär, ehemaliger Botschafter in Belgien (Japan)

Fr.Keiko Atsumi, Koordination, Tokyo, Japan

Fr.Marica Buranich, Europaeische Koordination, Wien, Oesterreich.

The InterAction Council acknowledges with gratitude the support given to the 25th Annual Meeting by the Government of Austria, the Government of Japan, the Government of Korea, Mr. William Laughlin and Bruno Kreisky Forum for International Dialogue.